S 7 AL 337/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 7 AL 337/02
Datum	10.02.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 AL 72/04
Datum	17.06.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Auf die Berufung des Klägers werden der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Augsburg vom 10. Februar 2004 sowie der Bescheid vom 10. Dezember 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Juli 2002 aufgehoben.

II. Die Beklagte hat dem Kläger die außergerichtlichen Kosten beider Rechtszüge zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Aufhebung der Arbeitslosenhilfe (Alhi)-Bewilligung für die Zeiten vom 04.12.2000 bis 17.01.2001 und 12.02.2001 bis 31.03.2001 verbunden mit einer Erstattungsforderung in Höhe von 4.213,94 DM streitig.

Der 1962 geborene Kläger, iranischer Staatsangehöriger, war abte seit Jahren Nebenbeschäftigungen als Aus- und Taxifahrer aus, die der Regionalagentur Augsburg angezeigt worden waren mit entsprechender Anrechnung auf die jeweiligen Leistungen (Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld, Alhi).

In der Woche vom 17.09. bis 23.09.2000 wurde die Kurzzeitigkeitsgrenze von bis zu

15 Stunden whrentlich überschritten, da der Kläger sowohl bei der Firma Taxi-Unternehmen J. F. als auch bei der Firma E.-Transporte jeweils 10 Stunden gearbeitet hatte. Dies blieb bezüglich des Wegfalls der Arbeitslosigkeit unbeachtlich, da die Beklagte von einer gelegentlichen Abweichung von geringer Dauer ausgegangen war.

In der Woche vom 03. bis 09.12.2000 (49. Kalenderwoche) sowie in der 2. Kalenderwoche (07. bis 13.01.2001) und in der 7. Kalenderwoche (11. bis 17.02.2001) wiederholte sich die Überschreitung der Kurzzeitigkeitsgrenze wegen der Ausübung beider Nebentätigkeiten. Dies wurde der Beklagten nachträglich bekannt, da der Kläger bei den jeweiligen Antragstellungen (zuletzt bei der Antragstellung vom 17.10.2000) angegeben hatte, dass er eine Nebentätigkeit unter 15 Stunden ausübe.

Nach erfolgter Anhörung hob die Beklagte die Entscheidung über die Bewilligung von Alhi für die Zeit vom 04.12.2000 bis 17.01.2001 und vom 12.02.2001 bis 31.03.2001 ganz auf. Der Kläger habe Nebentätigkeiten über 15 Stunden whrentlich ausgeübt. Die Rückforderung erfolge bis zur nächsten Arbeitslosmeldung. Für die von der Aufhebung betroffene Zeit habe er insgesamt einschließlich der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung Leistungen in Höhe von 4.213,94 DM zu Unrecht erhalten.

Mit dem Widerspruch machte der Kläger geltend, mit der vollen Rückforderung der Alhi und der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für die in Frage stehenden Zeiträume sei er nicht einverstanden, da er nur Nebeneinkommen erzielt habe, also weiterhin arbeitslos gewesen sei. Außerdem sei ihm vorab gesagt worden, es würden nur ca. 900,00 DM zurückgefordert, weshalb er um Überprüfung bitte. Mit Widerspruchsbescheid vom 02.07.2002 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück. Nach einer einmaligen Überschreitung der Kurzzeitigkeitsgrenze, die nicht berücksichtigt worden sei, sei in der 49. Kalenderwoche 2000 die Geringfrigkeitsgrenze erneut überschritten worden. Durch diesen wiederholten Vorgang sei dokumentiert, dass es sich nicht mehr nur um eine gelegentliche Abweichung im Sinne des [s 118 Abs.2 Satz 1](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) gehandelt habe. Vielmehr habe von diesem Zeitpunkt an (ab 04.12.2000) Beschäftigungslosigkeit nicht mehr vorgelegen. Nachdem in der Folgezeit eine wegen [s 122 Abs.2 SGB III](#) erforderliche erneute persönliche Arbeitslosmeldung frühestens am 18.01.2001 (Vorsprache bei der Regionalagentur) unterstellt werden könne, sei der Bezug von Alhi bis zum 17.01.2001 ohne rechtliche Grundlage erfolgt. Ab der 7. Kalenderwoche 2001 sei Beschäftigungslosigkeit wegen Überschreitung der Geringfrigkeitsgrenze wiederum nicht gegeben gewesen. Danach sei eine persönliche Vorsprache bei der Regionalagentur (Arbeitslosmeldung) erst wieder am 10.04.2001 erfolgt. Alhi sei demnach auch vom 12.02.2001 an bis einschließlich 31.03.2001 zu Unrecht gezahlt worden. Der Kläger habe anhand der Hinweise in dem ihm ausgehändigten "Merkblatt für Arbeitslose" erkennen können, dass der Anspruch auf Alhi entfalle, wenn die aufgenommenen Beschäftigungen 15 Stunden whrentlich erreichen bzw. bersteigen würden. Von daher sei die Bewilligungsentscheidung ab 04.12.2000 bzw. ab 12.02.2001 aufzuheben gewesen.

Deshalb seien die zu Unrecht erbrachten Leistungen gem. [Â§ 50 Abs.1](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) zu erstatten.

Zur Begrndung der Klage hat der Klger vorgetragen, er sei mit der Entscheidung nicht einverstanden, da er sich keinerlei Schuld bewusst sei, die die Entscheidung der Beklagten rechtfertigen wrde. Im brigen hat er auf sein Vorbringen im Vorverfahren verwiesen.

Mit Gerichtsbescheid vom 10.02.2004 hat das Sozialgericht (SG) die Klage abgewiesen. Aufgrund des Akteninhalts stehe zur berzeugung des Gerichts fest, dass der Klger im streitgegenstndlichen Zeitraum nicht arbeitslos gewesen sei, da er mit seiner Nebenbeschftigung die Geringfhigkeitsgrenze berschritten habe. Er sei mehr als 15 Stunden whentlich ttig gewesen. Eine gelegentliche Abweichung im Sinne des [Â§ 118 Abs.2 Satz 1 SGB III](#) knne nicht festgestellt werden. Ab 04.12.2000 habe Beschftigungslosigkeit nicht mehr vorgelegen. Die Beklagte habe somit zu Recht wegen fehlender Voraussetzungen bzw. wegen wesentlicher nderungen der tatschlichen Verhltnisse die Bewilligungsentscheidung ber Alhi fr die in Frage stehenden Zeitrume aufgehoben und die festgestellte berzahlung zurckgefordert. Im brigen werde gem. [Â§ 136](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgrnde abgesehen.

Zur Begrndung der Berufung trgt der Klger vor, bei dem Bezug von Alhi habe er nicht mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten drfen. Dies habe er auch nicht getan. Mge sein, dass er mit dem Lkw ber 15 Stunden unterwegs gewesen sei, aber fr diese Stunden habe er keinen Lohn erhalten. Er habe nur einen bestimmten Betrag fr zehn Arbeitsstunden bekommen. Es sei ihm bekannt, dass er bei Arbeitslosigkeit nicht mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten drfe und im Monat nicht mehr als 300,00 DM (= 165,00 Euro) verdienen drfe. Er sei sich sicher, dies nicht getan zu haben. Im Bereich der Speditionsarbeit sei jedoch zu bercksichtigen, dass, wenn man mit dem Lkw unterwegs sei, es fter passieren knne, dass man wegen einer Panne oder Verladen (Abladen und Laden) lngere Zeit als normal unterwegs sei, dies wrde jedoch nicht bedeuten, dass er mehr als 300,00 DM im Monat verdient habe. Wenn er gerade um Mitternacht auf der Autobahn eine Panne habe, msse er warten, bis diese beseitigt sei und erst dann knne er weiterfahren. Er knne den Lkw nicht stehen lassen und nach Hause fahren, weil er nicht mehr als 15 Stunden arbeiten drfe. Natrlich wrde dann die Tachoscheibe mehr an Arbeitszeit aufweisen.

Der Klger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Augsburg vom 10.02.2004 sowie den Bescheid vom 10.12.2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02.07.2002 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Sie vertritt die Auffassung, der BerufungsbegrÃ¼ndung sei zu entnehmen, dass der KlÃ¤ger die Sachlage verkenne. Nicht durch seine BeschÃ¤ftigung als Lkw-Fahrer bei der Firma E.-Transporte allein sei die wÃ¶chentliche Arbeitszeit von 15 Stunden und mehr erreicht worden, sondern aufgrund der zusÃ¤tzlich am 09.12.2000, 13.01.2001 und 17.02.2001 ausgeÃ¼bten NebenbeschÃ¤ftigung als Taxifahrer bei dem Unternehmen F. Da nach [Ã§ 118 Abs.2 Satz 2 SGB III](#) mehrere BeschÃ¤ftigungen zusammengerechnet wÃ¼rden, komme es auf die insgesamt in der Woche geleistete Arbeitszeit an. Da diese wiederholt die Kurzzeitigkeitsgrenze Ã¼berschritten habe und damit nicht mehr als gelegentliche Ã¼berschreitung zu werten sei, sei die Arbeitslosigkeit jeweils entfallen.

Zur ErgÃ¤nzung des Tatbestandes wird im Ã¼brigen auf den Inhalt der Verwaltungsunterlagen der Beklagten und der Verfahrensakten beider RechtszÃ¼ge Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulÃ¤ssig ([Ã§ 143, 151 Sozialgerichtsgesetz](#) (SGG -), ein AusschlieÃ¼ngsgrund ([Ã§ 144 Abs.1 SGG](#)) liegt nicht vor.

In der Sache erweist sich das Rechtsmittel als begrÃ¼ndet.

Zu Unrecht hat das SG Augsburg mit Gerichtsbescheid vom 10.02.2004 die Klage abgewiesen, da der Bescheid vom 10.12.2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02.07.2002 rechtswidrig ist.

Denn die Arbeitslosigkeit des KlÃ¤gers ist durch die AusÃ¼bung der beiden AushilfstÃ¤tigkeiten bei der Firma Taxi-Unternehmen J. F. und bei der Firma E.-Transporte nicht erloschen, da diese TÃ¤tigkeiten lediglich gelegentlich die Kurzzeitigkeitsgrenze Ã¼berschritten haben.

Gem. [Ã§ 122 Abs.2 Nr.2 SGB III](#) erlischt die Wirkung der Arbeitslosmeldung u.a. mit der Aufnahme einer BeschÃ¤ftigung, wenn der Arbeitslose diese der Agentur fÃ¼r Arbeit nicht unverzÃ¼glich mitgeteilt hat.

Nach [Ã§ 118 Abs.2 SGB III](#) schlieÃ¼t die AusÃ¼bung einer weniger als 15 Stunden wÃ¶chentlich umfassenden BeschÃ¤ftigung BeschÃ¤ftigungslosigkeit nicht aus, wobei gelegentliche Abweichungen von geringer Dauer unberÃ¼cksichtigt bleiben.

Entgegen der Auffassung des SG und der Beklagten liegt lediglich eine gelegentliche Ã¼berschreitung der Kurzzeitigkeitsgrenze vor. Ã¼berschreitet die Arbeitszeit gelegentlich die Kurzzeitigkeitsgrenze von "weniger als 15 Stunden" und ist dies von geringer Dauer, Ã¤ndert das nicht die Beurteilung als kurzzeitig. UnschÃ¤dlich ist die Ã¼berschreitung der Kurzzeitigkeitsgrenze dann, wenn sie sowohl gelegentlich als auch von geringer Dauer ist, d.h. es mÃ¼ssen beide

Kriterien vorliegen. Gelegentlich ist eine Überschreitung, wenn sie nicht vorhersehbar war und sich innerhalb des Beschäftigungsverhältnisses (bei unbefristeten innerhalb eines Jahres) voraussichtlich nicht wiederholt (BSG [SozR 4100 Â§ 115 Nr.2](#)). Eine geringe Dauer ist gegeben, wenn die Überschreitung nur einen kurzen Zeitraum andauert, wobei bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen von bis zu 12 Wochen bis zu ein Viertel der Beschäftigungszeit ausmachen. Bei darüber hinausgehenden oder bei unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen kann die Überschreitung bei monatlicher Abrechnung bis zu einem Monat stattfinden (vgl. BSG a.a.O.). Auf die Höhe der Arbeitsleistung kommt es dabei nicht an.

Insbesondere war die Überschreitung der Geringfügigkeitsgrenze bei Beginn bzw. der Aufnahme der jeweiligen Nebenbeschäftigungen für die streitgegenständlichen Zeiten (03. bis 09.12.2000 = 49. Kalenderwoche, 07. bis 13.01.2001 = 2. Kalenderwoche und 11. bis 17.02.2002 = 7. Kalenderwoche) für den Kläger nicht vorhersehbar. Bestätigt wird der Vortrag des Klägers, dass es resultierend aus den besonderen Verhältnissen im Bereich des Speditionswesens des Äufteren zu unvorhersehbaren Verzögerungen (Panne, Verladungstätigkeit) gekommen sei, er aber trotzdem "lediglich" für die vereinbarte Zeit bezahlt worden sei, durch die vorliegenden Bescheinigungen über Nebeneinkommen. So erhielt der Kläger in der 49. Kalenderwoche z.B. DM 20,00 für sechs geleistete Arbeitsstunden und für drei Stunden DM 45,00. Daraus folgt, dass der Kläger tatsächlich ausschließlich für die vereinbarte Arbeitszeit bezahlt wurde.

Unabhängig davon kann dem Kläger grobe Fahrlässigkeit nicht vorgeworfen werden. Diese liegt vor, wenn der Arbeitslose die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Maße verletzt hat, d.h. wenn außer Acht gelassen wird, was im gegebenen Fall jedem hätte einleuchten müssen (vgl. BSGE 42.184). Dabei ist das Maß der Fahrlässigkeit insbesondere nach der persönlichen Urteils- und Kritikfähigkeit, dem Einsichtsvermögen der Beteiligten sowie den besonderen Umständen des Falles zu beurteilen (subjektive Fahrlässigkeit im Sinne der BSGE 35.108).

Unter Berücksichtigung der aufgestellten Kriterien kann dem Kläger grobe Fahrlässigkeit nicht vorgeworfen werden. Denn er wurde â wie bereits ausgeführt tatsächlich ausschließlich für die vereinbarte Arbeitszeit bezahlt, wobei sämtliche unvorhersehbaren Vorfälle wie längere Zeiten wegen Autopanne bzw. Schwierigkeiten beim Be- und Entladen gerade nicht bei der Bezahlung berücksichtigt werden. Der Kläger konnte dementsprechend nicht damit rechnen, dass seine Arbeitgeber die gesamten Zeiten gegenüber der Beklagten angaben, ohne eine Differenzierung zwischen der eigentlichen Tätigkeit des Klägers als Aus- und Taxifahrer und den Zeiten, die unvermeidbar mit der Tätigkeit des Klägers verbunden waren, zu treffen. Zutreffend ist der Kläger insoweit ausschließlich von der Höhe der tatsächlichen Entlohnung ausgegangen. Diese berücksichtigte aber ausschließlich die vereinbarte Tätigkeit als Fahrer.

Somit waren auf die Berufung des Klägers der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts

Augsburg vom 10.02.2004 sowie der Bescheid vom 10.12.2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02.07.2002 aufzuheben.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision gem. [Â§ 160 Abs.2 Nrn.1](#) und [2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 06.09.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024